

## Protokoll

zur gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt und des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude

Sitzungs-Nr: XVII/02 BPU  
XVII/001 WEG

Sitzungstermin: am Dienstag, dem 24.01.2012, 18:03 Uhr bis 21:47 Uhr

Sitzungsort: Mensa im Schulzentrum Am Spalterhals, Am Spalterhals

### **Anwesend sind im Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt:**

#### Mitglieder CDU-Fraktion

- |    |          |                          |
|----|----------|--------------------------|
| 1. | Ratsfrau | Becker, Ingeborg         |
| 2. | Ratsherr | Matthiesen, Max Dr. MdL  |
| 3. | Ratsherr | Schroth, Gerald ab TOP 4 |

#### Mitglieder SPD-Fraktion

- |    |                       |                      |
|----|-----------------------|----------------------|
| 4. | Ratsherr              | Härdrich, Dirk Dr.   |
| 5. | Ratsfrau              | Hunte-Grüne, Marlene |
| 6. | Ausschussvorsitzender | Schaper, Hartmut     |
| 7. | Ratsherr              | Wittich, Michael     |

#### Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- |    |          |                  |
|----|----------|------------------|
| 8. | Ratsherr | Röver, Christian |
| 9. | Ratsherr | Totlis, Andreas  |

#### Mitglieder FDP-Fraktion

- |     |          |                |
|-----|----------|----------------|
| 10. | Ratsfrau | Wölki, Kerstin |
|-----|----------|----------------|

#### Mitglieder UWG-Fraktion

- |     |          |            |
|-----|----------|------------|
| 11. | Ratsfrau | Runge, Eva |
|-----|----------|------------|

#### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- |     |      |                       |
|-----|------|-----------------------|
| 12. | Herr | Freitag, Helmut       |
| 13. | Herr | Heike, Ernst-Ulrich   |
| 14. | Herr | Hohenstein, Ernst     |
| 15. | Frau | Kellein               |
| 16. | Herr | Schneider, Maximilian |

#### von der Verwaltung

- |     |                         |                   |
|-----|-------------------------|-------------------|
| 17. | Verwaltungsangestellter | Barth, Michael    |
| 18. | Leitung Bau             | de Veer, Kirsten  |
| 19. | Fachdienstleiter        | Dettmann, Michael |
| 20. | Verwaltungsangestellter | Offenhausen, Maik |
| 21. | Verwaltungsangestellte  | Stang, Annette    |

#### als Gäste

- |     |      |                        |
|-----|------|------------------------|
| 22. | Herr | Köster, Peter zu TOP 4 |
| 23. | Herr | Sahling, Udo zu TOP 4  |
| 24. | Herr | Scherer, Udo zu TOP 7  |

**Anwesend sind im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude:**

Mitglieder CDU-Fraktion

25.	Ratsherr	Bohrßen, Bernd-Konrad
26.	Ratsherr	Fabisch, Horst bis einschließlich TOP 7
27.	Ratsherr	Neddermeier, Karl-Heinz

Mitglieder SPD-Fraktion

28.	Ratsfrau	Beckmann, Kerstin Dr.
29.	Ratsherr	Dobelmann, Reinhard
30.	Ratsherr	Gronenberg, Bernd
31.	Ratsherr	Riemer, Hagen

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

32.	Ratsherr	Hartig, Andreas
33.	Ratsherr	Lux, Thomas

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

34.	Herr	Dogan, Abdulsalam
35.	Frau	Ennulat, Angelika
36.	Herr	Gäfke, Axel bis 18.45 Uhr
37.	Frau	Hering, Brunhilde
38.	Herr	Nolte, Dirk ab TOP 4

von der Verwaltung

39.	Verwaltungsangestellte	Bante, Angelika
40.	Herr	Dörries, Peter
41.	Leitung Zentrale Dienste	Hoffmann, Reinhard
42.	Fachdienstleiter	Lembeck, Ulrich
43.	Bürgermeister	Zieseniß, Walter

**I. Öffentliche gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt und des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude in der Mensa im Schulzentrum Am Spalterhals**

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Pflichtenbelehrung von beratenden nichtstimmberechtigten Mitgliedern
3. Einwohnerfragestunde
4. Kommunales Klimaschutzkonzept  
Bericht der Klimaschutzagentur zum weiteren Verfahren
5. Energie- und Klimaschutzkonzept für Barsinghausen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.04.2011 -  
XVII/0056

**Beendigung der gemeinsamen Sitzung**

## **II. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt in der Mensa im Schulzentrum Am Spalterhals**

6. Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung/XVII. WP des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt am 01.12.2011
  
7. Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"  
Sanierungsgebiet "Innenstadt"  
Sanierung und Neugestaltung der Fußgängerzone  
XVII/0052
  
8. Ausbau Buchenweg (P+R Kirchdorf)  
XVII/0053
  
9. Wohnbauflächenentwicklung im Stadtgebiet Barsinghausen  
XVII/0046
  
10. Bebauungsplan Nr. 202 "Erweiterung Mühlenkämpe", OT Barsinghausen  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a BauGB  
XVII/0055
  
11. "Herz für Egestorf - Ausweisung und Herrichtung einer Gemeinbedarfsfläche an der Ammerke"  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2012 -
  
12. Mitteilungen der Verwaltung
  
13. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

## **Nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt**

### **III. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude in der Cafeteria im Schulzentrum Am Spalterhals (im Anschluss an die Beendigung der gemeinsamen Sitzung)**

6. Zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barsinghausen aus Sicht der Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen  
- Bericht durch den Geschäftsführer Herrn Dörries -
7. Vorstellung in 2011 fertig gestellter Baumaßnahmen  
- Sachstandsbericht der Verwaltung -
8. Darstellung Teilklimakonzept  
- Förderprogramm Kommunales Energiemanagement -
9. Darstellung umgesetzter technischer Maßnahmen zur Energiereduzierung
10. Zustandsbericht des mittel- und langfristigen Sanierungsbedarfes städt. Gebäude hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### **Nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude**

Öffentliche gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt und des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude:

---

**1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung**

Herr Schaper begrüßt zur 2. Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt sowie zur 1. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude. Er eröffnet die gemeinsame Sitzung um 18.02 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Dobelmann stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 6 der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude (Einkauf der Marke „Nette Toilette, Vorlage XVII/0047) von der Tagesordnung zu nehmen. Gegen den Antrag werden keine Einwände erhoben.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 19                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Tagesordnung

Die Behandlung der geänderten Tagesordnung in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung wird genehmigt.

---

**2. Pflichtenbelehrung von beratenden nichtstimmberechtigten Mitgliedern**

Herr Bürgermeister Zieseniß führt die Pflichtenbelehrung für die beratenden nicht stimmberechtigten Mitglieder beider Ausschüsse Frau Ennulat, Herrn Dogan, Frau Hering, Herrn Gäfke, Herrn Nolte, Frau Kellein und Herrn Heike durch. Anschließend begrüßt Herr Schaper die neuen beratenden Mitglieder.

---

**3. Einwohnerfragestunde**

Herr Schaper weist auf die geänderte Geschäftsordnung hin, nach der es den Einwohnerinnen und Einwohnern möglich ist, auch zu den einzelnen Tagesordnungen zu sprechen. Er bittet deshalb in dem Tagesordnungspunkt Einwohnerfragestunde nur Fragen zu stellen, welche nicht als Tagesordnungspunkt in den Sitzungen erfasst sind.

Herr Stoehr stellt die Frage an die Verwaltung, wer nach Widmung einer Straße für die ordnungsgemäße Unterhaltung dieser Straße verantwortlich ist. Frau de Veer erläutert, dass bei einem erstmaligen Ausbau einer Straße im Baugebiet die Anlieger 90 % der Kosten tragen. 10 % der Straßenausbaukosten trägt die Gemeinde. Im Falle eines bestehenden Erschließungsvertrages trägt der Erschließungsträger 100 % der Kosten. Ein Ausbau einer bestehenden Straße wird nach dem Nds. Kommunalabgabengesetz abgerechnet. Hierbei tragen die Anlieger Kosten von 60 – 75 %. Zwischenzeitliche Reparaturen werden von der Stadt durchgeführt – ein Anliegeranteil entsteht hierbei nicht. Rechtsgrundlage zur Heranziehung von Straßenausbaukosten ist die Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Barsinghausen.

Herr Gottschalk stellt die Frage, wann mit der angekündigten 30-km/h-Regelung in der Nienstädter Straße zu rechnen. Herr Bürgermeister Zieseniß kündigt an, zusammen mit Herrn Jackl die Maßnahme kurzfristig zu verwirklichen.

---

#### **4. Kommunales Klimaschutzkonzept Bericht der Klimaschutzagentur zum weiteren Verfahren**

Frau de Veer führt ein und bezieht sich dabei auf ihre Ausführungen im BPU am 01.12.2011, nach denen die Stadt einen Förderbescheid zur Erstellung eines kommunalen Klimaschutzkonzeptes erhalten hat. Daraufhin hat die Stadt die ortsansässige Klimaschutzagentur beauftragt. In diesem Zusammenhang begrüßt sie Herrn Sahling und Herrn Scherer zur Darstellung des weiteren Verfahrens zur Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes.

Herr Sahling macht deutlich, dass zzt. noch weniger über die Inhalte, als über den Ablauf des Prozesses gesprochen werden kann. Herr Sahling berichtet, dass mit der E.ON bereits ein Kooperationspartner gefunden wurde und die E.ON Avacon sich bereiterklärt habe weitere Beratungsangebote zu finanzieren. Abschließend weist Herr Sahling auf die Gemeinnützigkeit der Klimaschutzagentur hin und übergibt das Wort an Herrn Scherer.

Herr Scherer legt Details zum Klimaschutzaktionsprogramm dar. Er weist darauf hin, dass am Ende des Prozesses ein politischer Ratsbeschluss steht, in dem die Ableitung von Klimaschutzmaßnahmen geregelt wird. Herr Scherer erläutert, dass der Förderzeitraum zur Erstellung des Konzeptes vom 01.11.2011 bis 31.10.2012 angelegt ist. Es ist geplant, im April mit einem ersten Klimaschutzforum einen öffentlichen Auftakt zu machen. Damit der Klimaschutz sichtbar wird und für die Bürgerinnen und Bürger schon frühzeitig ein Nutzen generiert wird, kündigt Herr Scherer beispielhafte Informations- und Beratungskampagnen an, damit im Herbst ein Endbericht mit Maßnahmenkatalog vorliegt. Er weist darauf hin, dass im Sommer auf der B.U.S. Beratungen für Hausbesitzer durchgeführt werden. Herr Scherer stellt besonders heraus, dass die E.ON Avacon als Gesellschafter im Rahmen der Zusatzangebote 20 Energieeffizienz-Checks für kleinere und mittlere Unternehmen, 40 Beratungen zur energetischen Modernisierung für Ein- und Zwei-Familienhäuser, 20 Beratungen für Mehrfamilienhäuser sowie 40 Beratungen für Mieterhaushalte zur Stromeinsparung im Gesamtwert von 20.000 Euro finanziert.

Herr Lux dankt der Vertreterin und den Vertretern der Klimaschutzagentur. Er dankt aber besonders Herrn Lembeck, ohne welchen das Programm nicht auf den Weg gekommen wäre.

#### ***Hinweis zum Protokoll:***

*Der Antrag zum kommunalen Klimaschutzkonzept wurde vom FB Bau im Frühjahr 2011 gestellt, nachdem das BMU entsprechende Fördermittel bereitgestellt hatte. Weitere Teilprojekte wurden für die Straßenbeleuchtung vom FD III/2 beantragt sowie von der Gebäudewirtschaft für die Gebäudeleittechnik.*

Er sagt, dass das Programm die laufende und auch die weitere Ratsperiode begleiten wird. Er sieht es deshalb als ein zentrales Projekt, was die Stadt in den nächsten Jahrzehnten begleiten wird. Er hält es deshalb für wichtig, dass im Rat auch ein inhaltlicher Konsens über das Programm hergestellt werden kann. Hierüber sollte möglichst ideologiefrei diskutiert werden. Er führt weiter aus, dass ein weiterer Gedanke –der zum Energieprogramm- nicht erwähnt wurde. Er macht dabei deutlich, dass die Energiewende nicht nur auf Bundes- und Landesebene stattfinden kann. Dazu ergänzt er, dass die vielen kleinen dezentralen Projekte nur lokal geschaffen werden können und man dazu die Bürger mitnehmen muss. Er appelliert an den Rat und die Bürger dieses Angebot der Klimaschutzagentur zu nutzen. Er sieht das auch als Angebot bürgerliches Engagement zu nutzen. Davon sollten alle hinreichend Gebrauch machen und sich in den Prozess einbringen.

Herr Fabisch stellt die Frage, welche Kosten bei der Erstellung des Klimaschutzprogrammes auf die Stadt Barsinghausen zukommen. Frau de Veer antwortet, dass der Eigenanteil der Stadt 15.000 Euro beträgt. Die Förderung hingegen beträgt 85 %. Herr Dobelmann sagt, dass er sich außerordentlich freut, dass das Programm nach Barsinghausen gekommen ist, dieses bedeutet nicht nur eine Einsparung von Immissionen, sondern der Bürger kann hierdurch auch Kosten einsparen. Er stellt die Frage, ab welchem Zeitpunkt man die Zusatzleistung abrufen kann. Herr Sahling antwortet, dass die Zusatzleistungen ab sofort abrufbar sind. Auf die Frage von Herrn Lux, nach welchen Kriterien die Zusatzangebote vergeben werden, antwortet Herr Sahling, dass dieses nach dem Windhundprinzip erfolgen wird. Herr Schaper bittet die Referenten, um die Weitergabe ihrer Kontaktdaten an die Presse, damit die Bürgerinnen und Bürger den Kontakt herstellen können. Anschließend fordert er die Einwohnerinnen und Einwohner auf, Fragen zu stellen.

**Protokollnotiz:**

*Die Kontaktdaten der Klimaschutzagentur sind Tel. 0511 / 22 00 22 74  
sowie die mailadresse: [beratung@klimaschutzagentur.de](mailto:beratung@klimaschutzagentur.de)*

---

**5. Energie- und Klimaschutzkonzept für Barsinghausen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 27.04.2011 -  
Vorlage: XVII/0056**

Herr Lux sagt, dass die Grünen sich vom Klimaschutzkonzept der Klimaschutzagentur überzeugen lassen haben; deshalb wird der Antrag der Grünen-Fraktion der TOP 5 zurückgezogen.

Herr Schaper schließt anschließend den gemeinsamen Teil mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude.

Fortführung der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt:

---

**6. Genehmigung des Protokolls über die 1. Sitzung/XVII. WP des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt am 01.12.2011**

Herr Schaper weist eingangs auf die Tischvorlage zum Protokoll vom 01.12.2011 hin, in welcher eine Änderung zum versendeten Protokoll dargestellt ist. Nachdem sich Herr Dr. Härdrich für die gute bisherige Protokollführung bedankt hat, stellt Herr Schaper das Protokoll zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Genehmigung des Protokolls über die 01. Sitzung XVII/ WP des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt am 01.12.2011 wird erteilt.

---

**7. Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"  
Sanierungsgebiet "Innenstadt"  
Sanierung und Neugestaltung der Fußgängerzone  
Vorlage: XVII/0052**

Frau de Veer führt in die Vorlage ein. Sie weist darauf hin, dass der Rat der Stadt Barsinghausen bereits im Oktober 2010 das Büro arbos mit der Überplanung der Kirch- und Marktstraße beauftragt hatte. Frau de Veer weist im Besonderen daraufhin, dass das Städtebauförderungsprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ Sanierungsgebiet Innenstadt auf acht Jahre befristet ist und läuft somit bis zum Jahre 2015 läuft. Über die Mittelstreckung werden voraussichtlich bis 2019 Mittel zur Verfügung stehen. Auf die Anlage 7 der Beschlussvorlage weist sie besonders hin, mit dem Hinweis, dass dort der zeitliche Ablauf dargestellt ist.

Herr Dettmann berichtet, dass Ende des vergangenen Jahres die Schäden in der Fußgängerzone aufgenommen wurden. Er sagt, dass sich die Schadenshöhe, wie in der Drucksache dargestellt auf 365.000 Euro beläuft. Dabei macht er deutlich, dass der Großteil der Schäden im westlichen Teil der Marktstraße liegt. Hier beziffert er die Schäden mit 315.000 Euro. Er ergänzt, dass zwischenzeitlich die Kanäle durch die Stadtentwässerung Barsinghausen untersucht worden sind. Er sagt, dass es hier etwas anders aussieht; hier sind im westlichen Bereich die Kanäle noch in Ordnung, nur der Schmutzwasserkanal müsste durch ein Inlinerverfahren Instand gesetzt werden. Im östlichen Bereich hingegen ist der Kanal zu erneuern. Dieses hat in offener Bauweise zu geschehen. Untersuchungen, zum Zustand der Hausanschlüsse liegen noch nicht vor.

Herr Köster sagt, dass noch keine fertige Planung vorliegt. Es sei lediglich ein Rahmen abgesteckt, in dem die Kosten ermittelt wurden, sowie die planerische Richtung abgesteckt wurde. Anschließend stellt er den Umfang der Planungen räumlich dar. Herr Köster schlägt die weitere Verwendung des auch am Thie verlegten Kohlebrandklinkers vor. Zum zeitlichen Rahmen führt Herr Köster aus, dass der Bauabschnitt im östlichen Teil der Marktstraße bei Beginn Anfang des Jahres 2013 bis zum Stadtfest und der Bauabschnitt im westlichen Teil nach dem Stadtfest im Jahr 2013 bis zum Jahr 2014 realisiert werden könnte. Herr Dr. Mathiesen stellt die Frage. Ob die in der Vorlage aufgeführten Reparaturkosten additiv zu den Neubaukosten liegen oder ob sich diese Kosten überschneiden.

Frau de Veer erläutert, dass es sich hierbei um Alternativberechnungen handelt. Die Reparaturkosten seien allein durch die Stadt zu tragen. Eine Städtebauförderung oder Abrechnung nach Nds. Kommunalabgabengesetz scheidet hier aus. Sie weist darauf hin, dass die Kosten eines Neubaus zu 2/3 mit Mitteln der Städtebauförderung gefördert werden.

Herr Dr. Härdrich erläutert, dass man bereits seit Jahren um die Sanierungsnotwendigkeit der Marktstraße wisse. Es stelle sich nunmehr die Frage, welche Wege beschritten werden sollen. Er sagt, dass die SPD Fraktion im Bauarbeitskreis intern beschlossen habe, die Vorlage abzulehnen. Er unterstreicht, dass die Stadt inmitten der Konsolidierungsdiskussion im Haushalt steht und hier auch streitige Sachen zur Diskussion stehen. Dabei macht er deutlich, dass die SPD sich entschieden hat, kurz- und mittelfristig die Sanierung von Schulen und Jugendzentren ins Auge zu fassen. Der Schwerpunkt liegt eher auf Jugendarbeit, Schulen und Bildung.

Herr Röver richtet die Frage an die Verwaltung, ob der städtische Anteil am Neubau ungefähr 700.00 Euro betragen würde. Er fragt, ob die Reparaturen dann nicht erforderlich wären. Frau de Veer bestätigt dies.

Herr Schroth weist darauf hin, dass man in dieser Diskussion einmal über den Tellerrand schauen müsste. Hier ergibt sich eine Riesenchance für den Differenzbetrag von 325.000 Euro, die Fußgängerzone so zu sanieren, dass über Jahrzehnte Ruhe herrscht.

Frau Wölki weist darauf hin, dass jeder Hausbesitzer weiß, dass nach 35 Jahren Mittel zur Unterhaltung aufzuwenden sind. Sie sieht hier eine einmalige Chance und äußert erhebliche Bedenken, dass das Förderprogramm noch einmal nach Barsinghausen kommt.

Herr Röver stellt die Frage, ob vor dem Hintergrund des Zukunftsvertrages mit dem Land Niedersachsen zur Schuldenreduzierung sich eine Möglichkeit bietet, das Städtebauförder-

programm auszusetzen und damit zeitlich zu verschieben. Ergänzend fragt er nach dem Zustand des Regenwasserkanals in der Marktstraße. Hier stellt er konkret die Frage, ob man mit dem jetzigen Zustand noch leben kann, oder bereits Gefahr im Verzug ist.

Zur Frage bezüglich des Zukunftsvertrages, sagt Frau de Veer eine Klärung zu. Sie weist aber darauf hin, dass momentan über die Kosten im Finanzhaushalt gesprochen wird. Die Zahlen des HSK sich jedoch auf das strukturelle Haushaltsdefizit beziehen. Zur Frage nach dem Zustand des Regenwasserkanals antwortet sie, dass hier eine Sanierung in den nächsten zwei Jahren nicht zwingend notwendig ist.

Frau Hunte-Grüne weist darauf hin, dass die Marktstraße sicherlich die „Gute Stube“ der Stadt Barsinghausen ist. Barsinghausen besteht allerdings aus 18 Ortsteilen. Sie weist besonders darauf hin, dass die Langreder Straße nicht einmal einen Regenwasserkanal aufweist. Sie macht deutlich, dass eine Investition in der Fußgängerzone mit Sicherheit die falsche Botschaft aussenden würde.

Herr Dr. Matthiesen berichtet von einem Gespräch mit Frau Dr. Burgdorf, im Sozialministerium zuständig für städtebauliche Maßnahmen. Er sagt, dass Frau Dr. Burgdorf die Aussage getroffen habe, dass eine Rückforderung der Fördermittel droht, wenn der Sanierungszweck nicht erreicht wird. Er bittet die Verwaltung die Auswirkungen in einer Vorlage darzustellen.

Herr Wittich stellt die Frage, ob es möglich ist, die Gesamtneubaukosten soweit zu drücken, dass der städtische Anteil die veranschlagten Reparaturkosten nicht überschreitet. Herr Köster sagt, dass das Büro arbos den Vorschlag aufgreifen wird, Teilbereiche herausnehmen wird und nochmals eine Berechnung durchführt, ohne den Kern der Planung zu beschädigen.

Herr Dr. Härdrich sagt, dass, wenn die Aussage des Sozialministeriums zutreffen würde, sich eine weitere Diskussion erübrigen würde. Er bezweifelt aber, dass diese Position rechtlich haltbar ist.

Frau de Veer sichert zu, alle Prüfaufträge mitzunehmen.

Herr Röver schlägt vor, den TOP bis zum nächsten BPU zu vertagen, um die aufgeworfenen Fragen vorab zu klären.

Herr Schaper macht abschließend deutlich, dass die festgestellten Bauschäden in der Marktstraße angesichts der angespannten Finanzlage so schlimm nicht seien. Er unterstreicht hierbei, dass alle Arten von Investitionen momentan nur mit Schulden finanziert werden können.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: vertagt

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt, das Büro arbos / Hamburg, mit der Entwurfs- bzw. Ausführungsplanung (Leistungsphasen 3-6 HOAI) für die in der Anlage 2 dargestellten Bereiche (Marktstraße Ost und Marktstraße West) zu beauftragen.

Insbesondere die Behindertengerechtigkeit sowie die Aufenthaltsqualität im Hinblick auf Sitzmöglichkeiten und Kinderspiel sind bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.

Der Rat der Stadt Barsinghausen beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, im Verlauf der weiteren Planung in 2012 ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchzuführen.

---

**8. Ausbau Buchenweg (P+R Kirchdorf)**  
**Vorlage: XVII/0053**

Herr Dettmann berichtet vom geplanten Neubau des Bahnsteiges im Bereich des Haltepunktes Kirchdorf im Sommer 2012 und anschließendem Bau der P+R Anlage durch die Region Hannover im Herbst 2012 in der Straße Buchenweg. Die Stadt Barsinghausen hat zusammen mit der Stadtentwässerung (SEW) Barsinghausen eine Untersuchung der Kanäle und der Straße im Bereich des Buchenweges durchgeführt. Dabei hat sich herausgestellt, dass sowohl der Straßenkörper als auch der Gehweg und der Regenwasserkanal abgängig sind und erneuert werden müssten. Es ist beabsichtigt, alle Maßnahmen zusammen zu fassen, um sowohl für die Stadt als auch die Anwohner einen möglichst kostengünstigen Ausbau durchführen zu können. Er berichtet, dass bereits ein Planungsauftrag an ein Ingenieurbüro vergeben wurde. Die Ergebnisse dieser Planungen sollen in einer Bürgerversammlung bekannt gegeben werden.

Herr Höwelmeyer bemerkt, dass der Regenwasserkanal in den 70iger Jahren von den Anwohnern bezahlt wurde. Er stellt die Fragen, ob der RW-Kanal nun nochmals von den Anwohnern bezahlt wird und ob die Höhe der Kosten für den Ausbau bereits zu beziffern ist.

Herr Dettmann antwortet, dass die SEW den Regenwasserkanal geprüft hat und entschieden hat, dass dieser abgängig ist und somit erneuert werden muss. Er weist darauf hin, dass die Kosten gem. Straßenausbausatzung der Stadt Barsinghausen im Falle einer Einstufung als Anliegerstraße zu 75 % bei den Anliegern liegen.

Frau de Veer ergänzt, dass momentan die Kosten sowie die Verteilung der entstehenden Kosten geprüft werden. Herr Gunia bezweifelt, dass es sich bei der Straße Buchenweg um eine Anliegerstraße handelt. Er weist auf die seiner Meinung nach nicht ausreichende Anzahl von Parkbuchten hin. Ebenso bemängelt er die fehlende Entwässerung der Straße.

Herr Eggers fragt, ob die Sanierungsfähigkeit der Straße durch ein Gutachten oder durch eigene Inaugenscheinnahme festgestellt wurde.

Herr Dettmann antwortet, dass dieses aus eigener Feststellung geschehen ist.

Herr Gunia stellt die Frage, ob nach der Herstellung der P+R Anlage auf der westlichen Seite der Straße Buchenweg ein Halteverbot eingerichtet wird. Er bemängelt, dass jetzt schon die Autos auf dem Gehweg parken. Sollte kein Halteverbot durchsetzbar sein, plädiert er dafür, den Gehweg nur zu teeren um auf die teure Pflasterung zu verzichten.

Herr Dettmann antwortet, dass die verkehrsrechtliche Situation von der Unteren Straßenverkehrsbehörde überprüft wird.

Herr Rinne stellt klar, dass er nicht grundsätzlich gegen die Errichtung einer P+R Anlage ist, denn die momentane Situation sei für die Anwohner untragbar. Er plädiert hingegen auch für die Errichtung einer Tempo-30-Zone. Dass die Straße Buchenweg eine Anliegerstraße ist, stellt er in Abrede.

Herr Stoehr bittet die Verwaltung zu prüfen, ob hier in den 70iger Jahren eine Erneuerung des Regenwasserkanals erfolgt ist oder ob nur eine Reparatur o. Ä. durchgeführt wurde. Sollte es sich bei der damaligen Maßnahme tatsächlich um eine Erneuerung gehandelt haben, bezweifelt er, dass die Anlage heute schon abgängig ist. Weiter fragt er, ob der Charakter der Straße nach dem Ausbau so erhalten bleibt oder ob es evtl. Verschwenkungen oder Änderungen in der Breite geben wird.

Herr Dettmann antwortet, dass geplant sei, die Straße in bituminöser Ausführung herzustellen, den Gehweg hingegen allerdings zu pflastern. Die Lage der Straße soll hierbei unverändert bleiben. Sollte es Verschwenkungen geben, werden diese nur auf Flächen der Stadt hergestellt.

Herr Stoehr fragt, was die Planungsgrundlage für die drei Maßnahmen ist. Er fragt konkret, ob es einen Bebauungsplan gibt, der hierzu als Grundlage dient.

Frau de Veer erläutert, dass hier mehrere Maßnahmen vorliegen, die miteinander verwoben sind. Die planungsrechtliche Genehmigung der P+R Anlage ist nach § 34 BauGB i.V.m. § 75 NBauO möglich, die Herstellung des Bahnsteiges ist ein bahnrechtliches Verfahren, der ge-

plante Straßenausbau beruht auf die bereits vorhandene Straße und ist ohne Bebauungsplan durchführbar.

Herr Röver stellt die Frage, wie groß die Anzahl der betroffenen Anlieger ist und ob die Einstufung der Straße als Anliegerstraße nach Errichtung der P+R Anlage noch haltbar ist.

Frau de Veer antwortet, dass es sich um 13 Anlieger handelt und der rechtliche Charakter der Straße überprüft wird.

Frau Hunte-Grüne berichtet, dass in der letzten WP das Thema P+R Anlage bereits auf der Tagesordnung stand. Seinerzeit wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Schrägaufstellung nicht besser ist als die vorgeschlagenen Planungen. Herr Dettmann antwortet, dass es sich um die Sitzung am 16.06.2011 gehandelt hat. Hierzu verliest er den Protokolltext der besagten Sitzung in dem die aufgeworfenen Fragen beantwortet werden.

### **Protokollauszug aus dem Protokoll vom 16.06.2011**

*Auf Wunsch des BPU sagt Frau de Veer dennoch eine Prüfung zu einer möglichen Schrägaufstellung der Stellplätze zu.*

*Hinweis, die Prüfung durch den FD III/2 FDL Herrn Dettmann hat folgendes ergeben:*

*am westlichen Ende würde man 2 Parkplätze durch Schrägaufstellung gewinnen. Dafür würde eine Längsaufstellung am nördlichen Fahrbahnrand nicht mehr möglich sein. Insgesamt hätte man dadurch weniger Parkmöglichkeiten. Im restlichen Bereich der Längsaufstellung hätte eine Schrägaufstellung zur Folge, dass kein Begegnungsverkehr mehr möglich wäre., Herr Röver möchte wissen ob auch Stellplätze für Fahrräder geplant seien.*

*Frau de Veer teilt mit, dass es Fahrradstellplätze geben wird. Herr Röver schlägt eine Begrünung der Stützmauer vor.*

Herr Freitag fragt, ob die Zuwegung zur P+R Anlage nicht auch wie bei anderen P+R Anlagen durch die Region gebaut werden müsste. Er fragt, ob es vielleicht nicht Fördertöpfe geben würde, wie z. B. GVFG.

Frau de Veer antwortet, dass diese Fragen mit der Region zu erörtern sind.

Herr Dr. Matthiesen sagt, dass der TOP in dieser Sitzung noch nicht beschlussreif ist. Er wird deshalb den Schluss der Diskussion beantragen. Er legt dar, dass vor Beschlussfassung erst alle Kosten – wie die Kostenverteilung – zu ermitteln sind. Auch die Rolle der Bahn und der Region sollten näher beleuchtet werden. Erst dann kann über das weitere Vorgehen entschieden werden. Wenn es erforderlich ist, muss die P+R Anlage ohne einen Ausbau des Buchenweges hergestellt werden.

Herr Röver schlägt vor, den TOP zu vertagen, bis alle nötigen Informationen vorliegen.

Herr Dr. Härdrich stimmt dem Antrag von Herrn Dr. Matthiesen zu. Er bittet nochmals darum, von der Verwaltung prüfen zu lassen, ob es sich wirklich um eine Anliegerstraße handelt.

Herr Schaper schlägt vor, den TOP bis nach einer durchgeführten Bürgerversammlung zu vertagen und stellt dieses zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: vertagt

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Vorliegen eines genehmigten Haushaltes die Baumaßnahme auszuschreiben und dem wirtschaftlich günstigsten Bieter im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel den Auftrag zu erteilen

---

**9. Wohnbauflächenentwicklung im Stadtgebiet Barsinghausen**  
**Vorlage: XVII/0046**

Frau Stang stellt die Vorlagen vor. Sie weist auf den seit 2004 wirksamen Flächennutzungsplan hin. Hinsichtlich der Zielvorgaben zur Umsetzung von Wohnbauflächen weist sie auf den Bevölkerungsrückgang von 2,4 % in Barsinghausen hin. Sie erläutert die Vorlage unter Darlegung der Flächenentwicklung und Bevölkerungszahlen. Als Fazit für die Baulandentwicklung macht sie deutlich, dass die weitere Baulanderschließung dem möglichen Rückgang der Einwohnerzahlen entgegenwirkt. Sie stellt dar, dass man hierzu jährlich 30 bis 50 neue Wohneinheiten erschließen müsste.

Herr Wittich schlägt vor, neue Baugebiete an bereits bestehenden Straßen zu planen. Er nennt hier das Gebiet zwischen Buchenweg, Akazienweg und Egestorfer Straße.

Frau de Veer schließt sich den Vorschlägen von Herrn Wittich an. Sie ergänzt, dass im Zusammenhang mit den Haushaltsunterlagen ein Paket von Unterlagen gesammelt wurde. Hier ist dargelegt, wie man mit geringem Aufwand weitere Baugrundstücke erschließen kann.

Herr Herr Dr. Härdrich fragt, ob es sinnvoll sei, weitergehende Untersuchungen für den Weggang der über 65-Jährigen durchzuführen, wie auf Seite 8 der Vorlage geschildert. Er führt weiterhin aus, dass er, genau wie Herr Schroth bereits geschildert hat, auch über den Rückgang von 43 % im Bereich der Berufseinsteiger erschrocken ist. Hier sei es wichtig, weitere Untersuchungen durchzuführen.

Frau de Veer sichert zu, dass es leicht möglich ist, den Vergleich mit anderen Kommunen zu ziehen.

Frau Kellein gibt zu bedenken, dass jedes neue Baugebiet auch eine zusätzliche Flächenversiegelung beinhaltet. Sie macht darauf aufmerksam, dass neu erschlossene Baugebiete auch die Unterhaltungskosten für die Stadt in die Höhe treiben, wie z.B. der Winterdienst.

Frau de Veer sagt, dass das Dinge sind, die im Rahmen der Haushaltssicherung neu beleuchtet wurden. Sie ergänzt, dass Nachverdichtungen bislang an der fehlenden Bereitstellung durch die privaten Grundstücksbesitzer gescheitert sind.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: Kenntnis genommen

---

**10. Bebauungsplan Nr. 202 "Erweiterung Mühlenkämpe", OT Barsinghausen**  
**hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 a BauGB**  
**Vorlage: XVII/0055**

Frau de Veer führt in die Vorlage ein. Sie erläutert, dass hier das Interesse eines ortsansässigen Betriebes zur Erweiterung vorliegt. Die Erschließung soll ausschließlich über die Steinklippenstraße erfolgen.

Herr Totlis wirft die Frage auf, warum das im beschleunigten Verfahren ohne eine Umweltprüfung durchgeführt wird.

Frau de Veer erläutert, dass hier § 13a BauGB Grundlage ist. Es handelt sich hier um Bebauungspläne der Innenentwicklung in denen das Prozedere eines Umweltberichtes nicht vorgeschrieben ist. Gleichwohl werden umweltrelevante belange berücksichtigt.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Barsinghausen beschließt gem. § 2 Abs. 1 in Verbindung mit

§ 13 a Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 202 „Erweiterung Mühlenkämpfe“, OT Barsinghausen als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren ohne eine Umweltprüfung. Die Verwaltung wird beauftragt, das Aufstellungsverfahren auf der Grundlage des Baugesetzbuchs einzuleiten.

Die Grenze des räumlichen Geltungsbereichs ist in der **Anlage** zu dieser Beschlussvorlage kenntlich gemacht.

---

**11. "Herz für Egestorf - Ausweisung und Herrichtung einer Gemeinbedarfsfläche an der Ammerke"  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 06.01.2012 -**

Herr Dr. Matthiesen trägt zu dem Antrag der CDU vor, dass das Vorhaben im Zusammenhang mit dem Bau eines Regenrückhaltebeckens durch die Stadtentwässerung realisiert werden kann. Hierzu habe es bereits einen Ortstermin gegeben.

Herr Wittich sagt, dass nach seinen Informationen der TSV Germania den genehmigten Kunstrasenplatz nicht unbedingt herstellen wolle, sondern auch auf vorhandenem Sportplatz trainieren könne. Danach habe der Verein gegenüber der SPD Egestorf die Aussage getroffen, bei einer Nutzungsmöglichkeit auf dem Kirchdorfer Platz auf den Bau einer eigenen Anlage verzichten zu können. Er sieht daher den Platz für „Herz für Egestorf“ im Bereich der Schule und der Feuerwehr.

Frau Kellein sagt, dass sie den Platz für „Herz für Egestorf“ auch im Bereich der Schule und der Feuerwehr sieht. Sie bittet den ausgewählten Platz des Regenrückhaltebeckens noch einmal zu überprüfen.

Frau de Veer erläutert die planungsrechtliche Situation. Dabei macht sie deutlich, dass die vorgesehene neue Gemeinbedarfsfläche im Bebauungsplan als private Grünfläche festgesetzt ist. Zur Realisierung wäre eine Änderung des Bebauungsplanes notwendig, bei der der Nachweis der schalltechnischen Verträglichkeit zu erbringen wäre. Sie schlägt vor, zunächst durch die Stadtentwässerung prüfen zu lassen, ob eine Anlage des RRB auch im östlichen Teilbereich des fraglichen Grundstücks möglich sei, um die Immissionen einer Gemeinbedarfsfläche auf die angrenzende Wohnbebauung durch einen größeren Abstand zu minimieren. Frau Wölki sagt, dass der Antrag durch den Tatbestand des Umzuges vom FC Germania nach Egestorf zurückgezogen werden könnte.

Herr Dr. Matthiesen schlägt vor nach der Prüfung durch die Verwaltung auf Nutzung der Kirchdorfer Sportanlagen das Thema erneut zu beraten.

Herr Wittich macht sein Unverständnis bezüglich solcher Planungen angesichts der angespannten Haushaltslage deutlich.

Herr Schaper stellt die Öffentlichkeit her und erteilt Herrn Stoehr das Wort.

Herr Stoehr regt den Bau eines Weges entlang des Stockbaches an.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: behandelt

---

## 12. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dettmann berichtet, dass der Ausbau Lorenkamp seinerzeit verschoben wurde. Zurzeit erarbeitet ein beauftragtes Ingenieurbüro eine neue Lösung, die den Bürgern in einer Einwohnerversammlung präsentiert werden soll. Hierbei sollen Kompromisse zwischen den Anliegern und den objektiven Verkehrssicherheitserfordernissen herausgearbeitet werden.

Frau de Veer berichtet dem Ausschuss, dass gegen die Baugenehmigung des Werbeturms in Bantorf eine Anliegerin Widerspruch eingelegt hat.

---

## 13. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Schaper stellt fest, dass keine Anträge vorliegen. Er dankt den Zuhörerinnen und Zuhörern und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

### Nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt

### Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude (im Anschluss an die Beendigung der gemeinsamen Sitzung)

Der Vorsitzende Herr Dobelmann eröffnet um 19.05 Uhr die 01. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude.

---

## 6. Zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barsinghausen aus Sicht der Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen - Bericht durch den Geschäftsführer Herrn Dörries -

Herr Dörries, Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen GmbH, stellt anhand der beigefügten Präsentation den aktuellen Stand der städtische Gewerbegebiete dar. Herr Dörries hebt dabei hervor, dass der aktuelle Bestand an freien Flächen überschaubar geworden sei. So seien zum Beispiel im Gewerbegebiet Brunslöhe von ehemals 25.000 m<sup>2</sup> nur noch 1.814 m<sup>2</sup> frei verfügbar. In Bantorf sei die Situation ähnlich, so stünden dort von anfänglich 73 Hektar nur noch 8 Hektar zu Vermarktung zur Verfügung.

Herr Dörries betont, dass bei Neuansiedlungen die Lage, zum Beispiel eine direkte Autobahnanbindung, von großer Bedeutung sei und zeigt die vielfältigen Möglichkeiten der Vermarktung auf.

Frau Dr. Beckmann schlägt vor das Thema „Einschätzung der Innenstadt“, mit den Themenbereichen Bestandspflege und Leerstände als gesonderten Tagesordnungspunkt für eine der nächsten Sitzungen vorzumerken.

Herr Dobelmann stellt zum Ende der Diskussion fest, dass auch in Zukunft die Stadt Barsinghausen nicht auf eine professionelle Wirtschaftsförderung verzichten könne.

---

**8. Vorstellung in 2011 fertig gestellter Baumaßnahmen  
- Sachstandsbericht der Verwaltung -**

Herr Lembeck stellt den Ausschussmitgliedern anhand der beigefügten Präsentation die 2011 fertig gestellten Baumaßnahmen vor.

---

**9. Darstellung Teilklimakonzept  
- Förderprogramm Kommunales Energiemanagement -**

Herr Lembeck erläutert den Ausschussmitgliedern an hand der beigefügten Präsentation, die Teilnahme der Gebäudewirtschaft am Förderprogramm Kommunales Energiemanagement.

---

**10. Darstellung umgesetzter technischer Maßnahmen zur Energiereduzierung**

Herr Lembeck stellt den Ausschussmitgliedern an hand der beigefügten Präsentation bereits seitens der Gebäudewirtschaft technisch umgesetzte Maßnahmen zur Energiereduzierung vor.

---

**11. Zustandsbericht des mittel- und langfristigen Sanierungsbedarfes städt. Gebäude hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit**

Am Beispiel der Grundschule Groß Munzel erläutert Herr Lembeck die Vorgehensweise und Ableitung eines Maßnahmenkataloges zur Energieverbrauchsreduzierung.

In der anschließenden Diskussion wird angeregt, Dachflächen, die für die Installation einer Solaranlage in Frage kämen, auf die baurechtlichen Erfordernisse hin, mit zu überprüfen.

Einsparungen, die sich aus energetischen Sanierungen ergeben, könne man erst in späteren Energieberichten ablesen. Der Energieverbrauch sei nicht nur abhängig von der jeweiligen Bausubstanz sondern werde auch weitestgehend vom Nutzer mit geprägt. Eine Rundumsanierung sei ohne positives Mitwirken des Nutzers nicht erfolgreich.

---

**12. Mitteilungen der Verwaltung**

Bantorf –Luttringhäuser Straße 11

Herr Hoffmann gibt den Ausschussmitgliedern bekannt, dass die Wiederherstellung der Mietwohnung, Luttringhäuser Straß 11, zur Mietzwecken zwischen 20.000 € und 40.000 € betragen werde.

Wilhelm-Stedler-Schule – Falkenkeller

Herr Hoffmann führt hierzu aus, dass ein Nutzungsänderungsantrag gestellt sei. Eine Kostenschätzung, die auch die ehemaligen DRK Räume mit einbeziehe, werde Ende der nächsten Woche vorliegen.

---

**13. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

**Absenkung der Raumtemperatur**

Seitens der Ausschussmitglieder wird angefragt, ob eine Absenkung der Raumtemperatur

in den Sporthallen auf 16 Grad Celsius möglich und zugleich wirtschaftlich sei. Bei einer von den Sportvereinen gewünschten höheren Raumtemperatur schlage man eine Kostenbeteiligung der Vereine vor.

Herr Lembeck entgegnet hierauf, dass eine Absenkung der Raumtemperatur in einigen Hallen möglich sei. So werde dies zur Zeit in der Glück – Auf – Halle getestet, da hier die Halle mit Deckenstrahlplatten ausgestattet worden sei. Rein rechnerische würde eine Temperaturabsenkung um 1 Grad eine Einsparung von 6 % ergeben.

### **Gasleitungsnetz**

Der Bürgermeister teilt auf Anfrage mit, dass bereits Angebote eingegangen seien. Diese würden zur Zeit ausgewertet. Mit einem Ergebnis sei bis zum Sommer zu rechnen.

Frau Dr.Beckmann bittet sich dieser Thematik in der nächsten Sitzung anzunehmen.

### **Sportheim Kirchdorf – Am Sportplatz –**

Herr Dobelmann weist daraufhin, dass seine Anfrage aus der VA – Sitzung im November noch beantwortet werden müsse.

Herr Dobelmann wird aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit seine Anfrage in schriftlicher Form an die Verwaltung weitergeben.

### Nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude:

Schaper  
Vorsitzender Ausschuss für  
Planung, Bauen und Umwelt

Zieseniß  
Bürgermeister

Offenhausen  
Protokollführung BPU

Dobelmann  
Vorsitzender Ausschuss für  
Wirtschaft, Energie und städtische  
Gebäude

Bante  
Protokollführung  
WEG